

Online-Texte der Evangelischen Akademie Bad Boll

## Welt in Sünde – Welt in Waffen

Der Streit um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und die Evangelische Akademie Bad Boll

*Uwe Walter*

---

**Bitte beachten Sie:**

Dieser Text ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers/der Urheberin bzw. der Evangelischen Akademie Bad Boll.

© 2006 Alle Rechte beim Autor/bei der Autorin dieses Textes

Eine Stellungnahme der Evangelischen Akademie Bad Boll ist mit der Veröffentlichung dieses Textes nicht ausgesprochen.

Evangelische Akademie Bad Boll  
Akademieweg 11, D-73087 Bad Boll  
E-Mail: [info@ev-akademie-boll.de](mailto:info@ev-akademie-boll.de)  
Internet: [www.ev-akademie-boll.de](http://www.ev-akademie-boll.de)

# Welt in Sünde – Welt in Waffen

## Der Streit um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und die Evangelische Akademie Bad Boll

*Uwe Walter*

Am 21. Juni 1954 stand die Sonne in einem wolkenlosen Himmel über Bad Boll. Das Gestühl hatte man im Freien aufgereiht; ohnehin hätte kein Raum der Akademie die große Zahl der Zuhörer zu fassen vermocht. Allerhöchste Prominenz war zugegen, zum ersten und einzigen Male auch Bundeskanzler Konrad Adenauer. "Das deutsche Volk", rief er dem Publikum entgegen, "hat sich erwiesen als ein Volk, das ordnungsliebend ist, das fleißig ist, das mit dem Kommunismus nichts zu tun haben will und das mit den freien Völkern der Erde zusammengehen will, um die Freiheit auf Erden zu retten."<sup>1</sup> Jeder verstand den Sinn der Kanzler-Rede. Adenauer drängte an die Seite der Westmächte und das mit eigenem Militär. Wie lange nicht mehr in der Geschichte, fuhr er fort, habe der Kampf zwischen Materialismus und Christentum in der Gegenwart eine Zuspitzung erfahren. "Und dieser Kampf muß uns Christen auf dem Posten finden."

Eindeutig und engagiert stand der Direktor der Bad Boller Akademie, Dr. Eberhard Müller, in der Wiederbewaffnungsfrage auf seiten des Bundeskanzlers und CDU-Parteivorsitzenden. Natürlich war dies nie seine Selbsteinschätzung. "Es ist unrichtig," schrieb er einmal an die Fraktionen im Bundestag, "daß ich meinerseits zur Frage der Wehrpflicht Stellung genommen hätte und damit die mir als Leiter einer überparteilichen Gesprächsstätte auferlegte Neutralitätspflicht verlassen hätte."<sup>2</sup> Tatsächlich interpretierte Müller für sich diese Pflicht zur Neutralität im wesentlichen als Auftrag, zumindest die protestantische Wiederbewaffnungsopposition zu neutralisieren. Der SPD-Abgeordnete Adolf Arndt schrieb ihm zurück: "Nach Ihrer Definition verhält sich unpolitisch, wer für die Meinungen der Bundesregierung und der CDU-Partei eintritt, während Andersdenkende eine angeblich unzulässige politische Aktivität entfalten."<sup>3</sup>

## Buße über ein schweres Schicksal

"Welche Aufgabe haben nun diese sog. 'Akademien'? Sie sind nichts anderes als reine Agentenschulen, die die menschenfreundliche NATO-Politik religiös verbrämen sollen, die die Ideologen des Kalten Krieges schulen und trainieren und für ihre Wühlarbeit gegen die Länder des Sozialismus qualifizieren."<sup>4</sup> Das ist Originalton Radio DDR. Für Eberhard Müller war es leicht, darin nichts anderes

---

<sup>1</sup> Konrad Adenauer auf der Tagung "Die Zusammenarbeit der Konfessionen im Staat", Evangelische Akademie Bad Boll in Zusammenarbeit mit der Katholischen Akademie Hohenheim, Bad Boll, 20.-21.9.1954, Tonbandmitschnitt, Archiv der Evangelischen Akademie Bad Boll

<sup>2</sup> Schreiben Eberhard Müllers an die Fraktionen d. Landtags von Baden-Württemberg u. d. Bundestages, 17. 9. 1956, veröff. in "Stimme der Gemeinde", 15. 10. 1956 (Hft. 20, 8. Jahrg.), S. 629

<sup>3</sup> Schreiben v. Adolf Arndt an Eberhard Müller, 2. 10. 1956, veröff. in: "Stimme der Gemeinde", a. a.O., S. 630

<sup>4</sup> Radio DDR "Zusammenfassender Bericht vom Verlauf des Prozesses gegen den sog. 'Studentenpfarrer' Schmutzler aus Leipzig", in der Sendereihe "Aktuelle Notizen", Schallarchiv des SFB.

als "Propaganda" zu sehen, die "von der äußersten Linken und dann innerhalb der DDR verbreitet"<sup>5</sup> wurde.

Anlässe für derartige – auch propagandistisch nutzbare – Interpretationen der Akademiearbeit hat es gleichwohl frühzeitig gegeben. Grundsätzlich widersprach Müller der noch Anfang der 50er Jahre in der Evangelischen Kirche stark vertretenen Ansicht, daß die Wiederbewaffnung eine Ablehnung der Buße über das Dritte Reich wäre. "Diese These habe ich bekämpft, weil ich behaupte, Buße ist immer eine Rückkehr zu maßvoll gebrauchter Macht."<sup>6</sup>

Schon im November 1950 hat man in Bad Boll begonnen, aus dieser Auffassung praktische Konsequenzen für die Tagungsarbeit zu ziehen. An ehemalige Soldaten und Offiziere der Wehrmacht wurde eine – von Landesbischof Wurm unterzeichnete – Einladung verschickt, in der es u.a. hieß, "daß der Beruf des Soldaten nicht als solcher schon dem Verdikt des Militarismus unterliegen kann, so daß jemand berechtigt wäre, diesen Stand in besonderem Maße für unser schweres Schicksal verantwortlich zu machen".<sup>7</sup>

Ob mit der Rede vom "schweren Schicksal" ein Einstieg in die "Buße über das Dritte Reich" zu finden war, mag dahingestellt bleiben. Am Bedarf für sozialpsychologische Interventionen und seelsorgerliche Aktivitäten ist hingegen nicht zu zweifeln. In der kriegsmüden "Ohne-mich"-Atmosphäre der späten 40er-Jahre erlebten gerade die ehemaligen Soldaten einen dramatischen Identitätsverlust. Manche hat dies in die Arme der wiederauflebenden Soldatenverbände und rechtsradikalen Parteien getrieben. Die Kirchenlinke hat diese Gefährdungen nicht erkannt und blieb zu den ehemaligen Kriegsteilnehmern in ablehnender Distanz.

Der Bad Boller Akademie ist solche Befangenheit dagegen nicht nachzusagen. Auf ihre Einladung hin waren an die einhundertfünfzig ehemalige Soldaten – viele aus dem Offizierskorps, einige mit einem Mannschaftsdienstgrad – angereist. Und auch bei der Auswahl der Referenten hatte man keine Berührungsgängste. Die Frage "Der ehemalige Berufsoffizier im Existenzkampf – hat sich seine Erziehung dabei bewährt?" beantwortete der ehemalige Leiter der Personalabteilung im Reichskriegsministerium General a.D. Adolf Kunzen. Das Korreferat dazu hielt Gottfried Griesmayr, seinerzeit weltanschaulicher Schulungsleiter der Reichsführung der HJ, zum Zeitpunkt der Tagung Aktivist der "Deutschen Union". Zum Thema "Der 20. Juli" hatte man sich mit Dr. Hans Hagen<sup>8</sup> einen Referenten gesucht, der das Geschehen aus nächster Nähe kannte. Hagen selbst nämlich hatte als NS-Führungsoffizier im Wachregiment "Großdeutschland" den "verräterischen"<sup>9</sup> Versuch, die Hitler-Regierung abzulösen, an den Propagandaminister und Gauleiter Berlins, Goebbels, gemeldet und damit einen entscheidenden Beitrag zur Niederschlagung des Putsches geleistet. Die Hauptspruchkammer München hat ihn dafür mit Urteil vom 14. März 1949 als Nazi-Aktivist in Gruppe II eingestuft. Und wie vor der Spruchkammer erklärte er in Bad Boll: "Vor die gleiche Situation mit den gleichen Vorbedingungen gestellt, werde ich immer wieder so handeln. Denn ich stand im Eid!"<sup>10</sup>

---

<sup>5</sup> Interv. d. Verf. mit Eberhard Müller, 1.12. 1988

<sup>6</sup> Interv. d. Verf. mit Eberhard Müller, a.a.O.

<sup>7</sup> "Tage der Besinnung für ehem. Soldaten", 18.-22. Nov. 1950

<sup>8</sup> Offenbar geht die Einladung von Hans Hagen auf eine Empfehlung des Landesvorsitzenden der Deutschen Union Gottfried Griesmeyer zurück. Dies ist jedenfalls einem Schreiben Griesmeyers an General Eberbach vom 4.10.1950 zu entnehmen, in dem zugleich der Satz zu finden ist: "Ich darf Sie namens des Gesamtvorstandes sehr herzlich in unseren Reihen willkommen heißen." – Archiv der Ev. Akademie Bad Boll, Abt. Soldatenarbeit, 11-6.

<sup>9</sup> Dr. Hagen, Tatbericht. In: 20. Juli 1944, Hrsg. von der Bundeszentrale für Heimatdienst, Bonn, 41961, S.159

<sup>10</sup> Unveröf. Protokoll der Tagung, ohne Verf., 22.11.50, Archiv der Ev. Akademie Bad Boll, Abt. Soldatenfragen, 11-3, S. 13

## Die Hände an der Hosennaht

Um die Stimmung auf der Tagung wiederzugeben, zitierte der FAZ-Korrespondent in seinem Bericht einen älteren Generaloberst. Mit bewegter Stimme habe er vorgetragen: "Die Regierungen haben uns nach dem Krieg nicht mehr gekannt. Unnachsichtige Urteile sind gefällt worden. Heute noch sitzen viele Soldaten hinter Kerkermauern und Stacheldraht. Die deutsche Presse hat sich nicht genug darin tun können, einen Schmutzkübel nach dem anderen über uns auszugießen. Vom Ausland hatten wir nichts anderes erwartet ..."11

Verbittert haben die Ex-Militärs auf der Tagung ihre Not in der zivilen Nachkriegsgesellschaft artikuliert, und auch im Blick zurück war man sich selbst nur in der Opferrolle wahrnehmbar. Zu helfen, dieser depressiven Abwehr von Schuldzuweisungen ein Moment authentischer Trauer, vielleicht auch Scham beizumischen, hätte die Tagung als Seelsorgeprojekt fürwahr legitimiert. Wurde also versucht, die Einsicht zu fördern, daß im Sieg über Nazi-Deutschland nicht nur eine militärische Niederlage, in der Konfrontation mit scheußlichen Verbrechen – auch der Wehrmacht – keine Siegerjustiz und auch nicht haltlose Verleumdungen der Lizenzpresse zu sehen sind? Wovon handelten die Diskussionen?

Man debattierte über den Verlust preußischer Offizierstugenden, über Schikanen in der Ausbildung und an der Front, über den (Un-)Sinn blinden Befehlsgehorsams und über die Verbindlichkeit des Eids. Die – damals noch unter amerikanischer Leitung erscheinende – "Neue Zeitung" bemerkte allerdings: "Die Stimme der Generalität herrschte vor. Nur sehr vereinzelt meldete sich das jüngere Offizierskorps zum Wort, und selten geschah es ohne ein innerliches 'Hände-an-die-Hosennaht-Nehmen'"12.

Der Stuttgarter Verleger Ernst Klett, der als "ziviler" Gegenredner gleichfalls zu der Tagung eingeladen war, hatte aus Bad Boll noch andere Eindrücke mitgenommen. In einem Brief an Eberhard Müller, der ähnlich von der "Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung" kolportiert wurde13, schreibt er: "Ganz unerhört fand ich aber die Teile der Diskussion, die sich auf die SS bezogen. Daß ein Mann es heute, fünfzehn Jahre nach dem Krieg, wagen kann, den SS-Offizier uns Anderen gewissermaßen als Muster eines modernen Offiziers hinzustellen, ohne daß einem solchen Mann ein Sturm der Empörung das Wort vom Munde bläst, ist so ungeheuerlich, daß ich noch einige Zeit brauche, um darüber wegzukommen. Gewiß sind einige schüchterne Entgegnungen versucht worden [...]. Keiner aber ist aufgestanden und hat gesagt, daß hier der Nihilismus seine letzte und fürchterlichste Ausformung gefunden hat; daß tapferes Kämpfen nicht eine letzte Qualität ist; daß die ganz sicher vorhandene echte Begeisterung der jungen Mannschaft kaltblütig und gemein in die Kanäle der nackten Macht geleitet wurde; daß der SS-Offizier die groteske Pervertierung alles dessen war, was jemals den Berufsstand des deutschen Offiziers ausgezeichnet haben mag; daß wir deshalb von den Bewohnern aller Nachbarländer mit Recht gehasst werden [...]"14

Kletts Darstellung wurde angezweifelt, die "Deutsche Zeitung" erhielt wütende Leserzuschriften, entschieden habe man dem SS-Offizier widersprochen. Das Tagungsprotokoll gibt weder Aufschluß

---

11. FWB, "Hat sich der Berufssoldat bewährt?", FAZ, 29.11.1950

12. Gerhard Thimm "Diskussionen um Soldateneid und Verantwortung", Die Neue Zeitung, 30.11.1950

13. in einer Glosse von H. C. [Helmut Cron] in der Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung, 25.11.1950, Nr. 94, 1950 unter dem Titel "Keiner ist aufgestanden ..."

14. Ernst Klett an Eberhard Müller, 20.11.1950, Archiv der Ev. Akademie Bad Boll, Abt. Soldatenfragen, 11-7

über den behaupteten Vorfall selbst, noch über die reklamierten Reaktionen.<sup>15</sup> Tatsächlich darf man annehmen, daß Alt-Nazis bei der Tagung auf wenig Resonanz gestoßen sind. Denn für die "alten Kameraden" bot der "Nazi-Pöbel" um so mehr Anlaß zur Verachtung, als daß durch ihn eine Situation heraufbeschworen wurde, die Preußens Gloria endgültig ins Reich der Nostalgie verbannte. Die Absichten der Tagungsmacher zielten ohnehin in eine andere Richtung, die sie rückblickend im Akademie-Rundbrief exakt mit den Worten beschrieben, "daß ein neuer Anfang nötig ist für den Soldatenberuf, den es immer gegeben hat, und den es immer geben wird".<sup>16</sup>

Faktisch war das Bad Boller Soldatentreffen ein Versuch der Rehabilitierung des Militärs in der Nachkriegsgesellschaft und unterhöhlte damit eine psychologische Barriere gegen einen deutschen Wehrbeitrag. Die Tagung als Seelsorgeprojekt zu verstehen, ist jedenfalls für die zivile Öffentlichkeit schwer nachvollziehbar geblieben. Die "Stuttgarter Zeitung" nahm die Veranstaltung zum Anlaß, eine "sonderbare Verquikung von Politik und Theologie" zu kritisieren. An "die Theologen, zum Beispiel Akademiedirektor Dr. Eberhard Müller" gewandt, kommentierte das Blatt: "Wenn Sie aber die Aufrüstung befürworten, so sollten Sie wenigstens ehrlich zugeben, daß Sie als Politiker, nicht als Christen oder Theologen sprechen."<sup>17</sup>

## Militär ohne Militarismus

Die Tagungsarbeit für Soldaten wurde kontinuierlich fortgesetzt. Die Akademie richtete eine eigene "Abteilung für Soldatenfragen" ein, deren Leitung 1952 General a.D. Heinrich Eberbach – im Krieg Armeeführer in der Normandie – übernahm. Unter Federführung oder Mitwirkung dieser Abteilung fanden allein in den 50er Jahren über 30 Tagungen statt<sup>18</sup>. Wozu diese Arbeit dienen sollte, hat man klar benannt. Die Teilnehmer der 3. Soldatentagung<sup>19</sup> in Bad Boll begrüßte General a.D. Eberbach mit den Worten: "Sinn dieser Tagung ist, das Ethos einer neuen Truppe zu suchen, nicht in der Vergangenheit zu wühlen."<sup>20</sup>

Für diese Aufgabe gab es kaum einen geeigneteren Mann als den ehemaligen Wehrmachtsmajor Wolf Graf Baudissin. Baudissin war Leiter der Sektion "Innere Führung" in der Dienststelle Blank, aus der später das Verteidigungsministerium entstand, und er war ein überaus talentierter Diskussionsredner. Ihm ging es um den "Staatsbürger in Uniform und nicht um den Soldaten als Untertan" und er plädierte dafür, "an Stelle des reagierenden Gehorsams eine mitverantwortliche Initiative" zu ermöglichen<sup>21</sup>. Mit diesem Konzept stand er in seiner eigenen Dienststelle unter Druck. Nach Bad Boll kam er deshalb nicht ohne eigenes Interesse. Die Evangelischen Akademien, erklärte er 1988 rückblickend in einem Interview, wären für ihn ein exzellentes Forum gewesen, "wo man ganz bestimmte Dinge

<sup>15</sup> Der Vorfall muß sich während des Rundgesprächs "Der Saldo für das deutsche Offizierskorps im 3. Reich" am 19.11.1950 abgespielt haben. Das Protokoll gibt allerdings nur kurze Zusammenfassungen der Statements wieder, die weder über den Wortlaut der Diskussion noch über den genauen Verlauf Rückschlüsse zulassen. Siehe Protokoll, a.a.O., S. 8-10

<sup>16</sup> Rundbrief Nr.9, a.a.O.

<sup>17</sup> hm, "Das 'Schwert'", Stuttgarter Zeitung, 28.11.1950, S.3

<sup>18</sup> Eberbach hat diese Aufgabe bis 1963 wahrgenommen und wurde dann von Generalmajor Hellmuth Reinhardt abgelöst. Reinhardt war seit 1.4.69 nicht mehr festangestellter Akademiemitarbeiter, von 1971 schränkte er seine Mitarbeit bei Tagungen immer mehr ein. Die Geschäfte zunehmend von der Abteilungssekretärin Elisabeth von Schaewen geführt. Nach 1972 übernahm die Abt. "Politik und Recht" die Veranstaltung von Tagungen für Soldaten.

<sup>19</sup> vom 9.-12. Oktober 1952

<sup>20</sup> Protokoll der 3. Soldatentagung der Ev. Akademie Bad Boll, 9.-12. Okt. 1952, ohne Verf., Archiv der Ev. Akademie Bad Boll, S.1

<sup>21</sup> Interv. d. Verf. mit Wolf Graf Baudissin, veröff. in "aktuelle gespräche", 3/89 (37. Jg.), S.11 f.

aussprach, die nachher einfach in der politischen Diskussion nicht wieder beiseite zu schieben waren. Das war eigentlich mein Hauptgedanke oder Haupttrieb, auf diese Tagungen zu gehen."<sup>22</sup>

Graf Baudissin war zwischen 1952 und 1955 sechsmal allein in Bad Boll zu Gast<sup>23</sup>. Als Reformier war er umstritten, in seinem Konzept hatte der "Unteroffizier Himmelstoß" keinen Platz. Damit verprellte er zwar die ältere Offiziersgeneration, zugleich nahm er aber den Wiederbewaffnungsgegnern einigen Wind aus den Segeln. Besonders unter den Sozialdemokraten wirkte die Vorstellung eines Militärs ohne Militarismus: Wenn die Wiederbewaffnungspläne Adenauers nicht zu verhindern sein sollten, dann lieber in der "erträglichen" Variante Baudissin, d.h. nicht in Form einer "Re-Militarisierung"<sup>24</sup>. Als tragisch für den Taktiker Baudissin entpuppte sich dann allerdings, daß die Wiederbewaffnung, die er selbst politisch mit ermöglichte, viel schneller und mit ganz anderen Prioritäten vollzogen wurde, als er für erforderlich hielt. Denn Adenauer hatte es eilig mit der Aufstellung der Bundeswehr, und dabei war es allemal naheliegender auf kriegserfahrene Offiziere zurückzugreifen, als neue Offiziere nach ihrer demokratischen Grundhaltung auszuwählen und nach dem Konzept der inneren Führung auszubilden.

## Von Adenauer überwunden und hinfort mit ihm solidarisch

Daß sich Bundeskanzler Adenauer mit seinen Wiederbewaffnungsplänen durchsetzen würde, war allerdings – zumindest bis zur Bundestagswahl im September 1953 – keineswegs sicher. Nachdem Heinemann im Sommer 1950 aus seinem Kabinett ausgeschieden war, hatte er einen wichtigen Zugang zur evangelischen Bevölkerung verloren. Da kam ihm eine Initiative Eberhard Müllers sehr gelegen. In seiner Funktion als Vorsitzender des Leiterkreises der Evangelischen Akademien organisierte Müller am 5. November 1951 in Königswinter eine Zusammenkunft zwischen dem CDU-Regierungschef und führenden Persönlichkeiten der evangelischen Kirche. Unter anderem mit dabei waren der EKID-Ratsvorsitzende Dibelius und der leitende Bischof der lutherischen Kirche Deutschlands, D. Meiser, – auch einige Wiederbewaffnungsgegner, allerdings nicht deren profiliertesten Vertreter.

Obwohl Vertraulichkeit über dieses Gespräch vereinbart war, erschien in der Presse ein Bericht über das Treffen, der mit dem Autorenvermerk "Eberhard Müller, Direktor der Evangelischen Akademie Bad Boll" gekennzeichnet war. Natürlich haben mehrere Zeitungen den Text Müllers begierig nachgedruckt. Denn als ein Ergebnis dieses "Königswinter Gesprächs" formulierte er, "daß sich die Erwartungen derer nicht erfüllen werden, die hoffen oder befürchten, daß die Kirche öffentlich gegen den vom Bundeskanzler geplanten deutschen Verteidigungsbeitrag Stellung nehmen werde [...]. Daß immerhin gewichtige politische und ethische Gründe für die grundsätzliche Bejahung dieses Beitrags sprechen, wurde auch von denen anerkannt, die ihrer politischen Einstellung nach nicht auf der Seite des Kanzlers standen."<sup>25</sup>

Diese Vereinnahmung für die Politik Adenauers löste bei den kirchlichen Wiederbewaffnungsgegnern einen Sturm der Empörung aus. Einstimmig beauftragte der Rat der EKID Bischof Dibelius, Müller

<sup>22</sup> ebd.

<sup>23</sup> Auf den insg. 28 Tagungen Ev. Akademien in der Bundesrepublik, die sich zwischen 1951 und 1955 mit der Wiederbewaffnungsfrage befassten, referierte Baudissin oder ein anderer Vertreter der Sektion "Innere Führung" 14 Mal. Vergl. Dietrich Genschel, Wehrreform und Reaktion, Die Vorbereitung der Inneren Führung 1951-1956, S. 30 sowie Anm. 29.

<sup>24</sup> Interv. d. Verf. mit Wolf Graf Baudissin, a.a.O., S.12

<sup>25</sup> zit. nach Stuttgarter Nachrichten, 9.11.1951, auch in Frankfurter Neue Presse, 13.11.1951, siehe auch Anm. 6



wegen seiner eigenmächtigen publizistischen Aktivitäten zu rügen. "Indem Sie nun einfach von 'der Kirche' sprechen," heißt es in dem Brief des Ratsvorsitzenden, "ist der Eindruck entstanden, als hätten sich nicht nur diejenigen, die in Königswinter anwesend waren, sondern überhaupt 'die Kirche' von Dr. Adenauer überwunden und hinfort mit ihm solidarisch erklärt. Das hat diejenigen, die einigermaßen Bescheid wissen, verwirrt und hat Fernerstehenden ein völlig falsches Bild von der Gesamteinstellung der Kirche gegeben."<sup>26</sup>

Müller wollte die Dinge damit nicht auf sich beruhen lassen. Zur selben Zeit – im Spätherbst 1951 – initiierte er zusammen mit dem hannoverschen Bischof, Hanns Lilje, und dem Generalsekretär des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Reinold von Thadden, einen vertraulichen Kreis einflußreicher Persönlichkeiten aus Kirche, Politik, Wirtschaft und Publizistik. Als Pilotprojekt hatte sich dieser "Kronberger Kreis" die Dislozierung einer EntschlieÙung vorgenommen, mit der den kirchlichen Wiederbewaffnungsgegnern wirksam die Anhängerschaft entzogen werden sollte.<sup>27</sup> Die Kernsätze des Papiers lauteten: "Unsere Kirche soll im deutschen Volk den Willen zum Frieden befestigen. Man muß aber bestreiten, daß ein prophetisches Amt der Kirche den Auftrag hat, das deutsche Volk vor der Mitwirkung an einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu warnen. (...) Die Behauptung, es sei dem Christen gewissenmäßig unmöglich, für einen deutschen Wehrbeitrag zu stimmen oder sich an seiner Verwirklichung zu beteiligen, ist nicht in göttlichen Weisungen begründet."<sup>28</sup>

Innerkirchlich schien dieser vermeintliche Rückzug aus dem Reich der Politik die Attraktivität einer lang ersehnten Konsensformulierung zu haben. Müller verschickte den Text im Februar 1952 an die Kirchenprominenz und bekam binnen kurzer Zeit die Unterschriften fast sämtlicher westdeutscher Bischöfe und Leiter der großen kirchlichen Verbände. Nicht jedem war allerdings klar, daß das Dokument nicht nur mit seiner Unterschrift, sondern auch mit seiner vollen Amtsbezeichnung veröffentlicht würde. Es entstand der Eindruck, die Unterzeichner hätten im Namen ihrer Organisation zugestimmt. Im epd mußte daher eine Korrektur hinterhergeschickt werden: "Die genannten Vorsitzenden großer evangelischer Verbände haben in dieser Denkschrift lediglich ihrer eigenen theologischen Überzeugung Ausdruck gegeben."<sup>29</sup>

Dies war nicht das einzige "Mißverständnis", das diese Erklärung ausgelöste. Denn in der nichtkirchlichen Öffentlichkeit wurde der theologisch begründete Verzicht auf eine Stellungnahme als klare Befürwortung eines Wehrbeitrags interpretiert. Der "Wiesbadener Kurier"<sup>30</sup> berichtete über das Papier unter der Überschrift, "Evangelische Bischöfe warnen vor Waffenlosigkeit"; die Ruhr-Nachrichten<sup>31</sup> titelten "Wehrlosigkeit erhöht Kriegsgefahr", und die "Welt"<sup>32</sup> kam mit der eindeutigen Schlagzeile: "Theologen bejahen Wehrbeitrag".

---

<sup>26</sup> Bischof Dibelius an Eberhard Müller, 13.12.1951, Ev. Zentralarchiv Berlin. – Erstaunlicherweise war im Archiv der Ev. Akademie Bad Boll das Schreiben Dibelius' nicht erhalten. Veröff. in den "aktuellen Gesprächen, 3/1989 (37. Jg.), S. 6

<sup>27</sup> Erstaunlich ist, daß Eberhard Müller noch in seiner 1987 erschienenen Autobiographie die Urheberschaft des "Kronberger Kreises" an dieser EntschlieÙung verschweigt.

<sup>28</sup> zit. nach Eberhard Müller, Widerstand und Verständigung, 50 Jahre Erfahrungen in Kirche und Gesellschaft, Calwer Verlag: Stuttgart, 1987, S. 132

<sup>29</sup> zit. nach einem Schreiben von Eberhard Müller an die Unterzeichner der Denkschrift "Wehrbeitrag und christliches Gewissen", 21.2.1952, Archiv der Evangelischen Akademie Bad Boll, AZ 90-3

<sup>30</sup> vom 19.2.1952

<sup>31</sup> vom 19.2.1952

<sup>32</sup> vom 19.2.1952

Diese Deutungen waren keineswegs unvorhersehbar. Für Helmut Gollwitzer wurde damit der tiefere Sinn der Erklärung vielmehr korrekt benannt. "Dem persönlichen Dafürhalten anheimgestellt, war das eine faktische Befürwortung der Wiederbewaffnung. Denn: Erstens verstanden dies alle Leute so, die wußten, welche Haltung dahinterstand, und zweitens widersprachen sie mit der Glaubensfreigabe denen, die vom christlichen Glauben her meinten, nein sagen zu müssen."<sup>33</sup>

## Dämme gegen die Flut aus dem Osten – Dämpfer für die Neinsager

Tatsächlich wurde Müllers Position – keine theologische Stellungnahme zum Wehrbeitrag – innerkirchlich dominierend; die Argumentationsbasis der Remilitarisierungsgegner begann zu bröckeln. Dabei hat sich Eberhard Müller der Kontroverse mit der Friedensbewegung durchaus nicht entzogen. Allein im Februar 1952 – also parallel zur Aktion des "Kronberger Kreises" – gab es zwei Begnungen mit prominenten Wiederbewaffnungsgegnern in Bad Boll.

Keinen leichten Stand hatten die Vertreter eines christlich motivierten Pazifismus – ihnen voran Pfarrer Wilhelm Mensching aus Petzen (Schaumburg-Lippe) – auf der gemeinsam mit dem Vorsitzenden des württembergischen Versöhnungsbundes, Pfarrer Rudi Daur, veranstalteten Tagung "Friedenssicherung und Friedensbewegung"<sup>34</sup>. Der Rekurs auf den friedfertigen "Geist Jesu"<sup>35</sup> schien angesichts der vom Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten Robert Tillmanns ins Feld geführten Gefahr der Bolschewisierung Europas wenig zu beeindrucken. Der Korrespondent der "Neuen Zeitung" verortete die Argumentation der Pazifisten jedenfalls in den Sphären eines "wesenlosen Mystizismus", bezichtigte sie der "Gefühls- und Gewissensverwirrung" und eines "gewissen politischen Dilettantismus"<sup>36</sup>.

Die theologische begründete Ablehnung eines Wehrbeitrags war erfolgreich ins Abseits der Schwärmerie umgelenkt. Um so mehr spielten die Remilitarisierungsgegner das Argument in den Vordergrund, daß die Integration in ein westliches Verteidigungsbündnis eine Wiedervereinigung auf lange Sicht unmöglich machte. Schon Anfang Februar 1952 hatten Gustav Heinemann und Helene Wessel als Vertreter der "Notgemeinschaft für die Erhaltung des Friedens in Europa" mit dem Freiburger Historiker Gerhard Ritter und den CDU Abgeordneten Kiesinger und Tillmanns in Bad Boll über diese Frage gestritten.<sup>37</sup>

Und auch bei der Kooperationstagung mit dem Versöhnungsbund drei Wochen später kam es über die Wiedervereinigungsfrage zu scharfen Debatten. Eberhard Müller saß selbst als Diskussionsteilnehmer auf dem Podium, ihm zur Seite Robert Tillmanns; den Gegenpart spielten der Göttinger Theologe Hans J. Iwand und der Würzburger Historiker Ulrich Noack. Besonders Noack, der sich als Leiter des "Nauheimer Kreises" vehement für eine Neutralisierung Deutschlands einsetzte, erregte Widerspruch. Als er Bundeskanzler Adenauer vorwarf, er hätte "während der letzten Jahre das Prob-

<sup>33</sup> Interv. d. Verf. mit Helmut Gollwitzer, 20.11.1988, a.a.O., S. 13

<sup>34</sup> 20.-22.2.1952 in der Evangelischen Akademie Bad Boll

<sup>35</sup> so wird Mensching zitiert in Joachim Schilling, "Die 'Verlokungstheorie' der Neutralität", Neue Zeitung, 29.2.1952

<sup>36</sup> ebd.

<sup>37</sup> auf einer Tagung der "Stätte der Begegnung" vom 1.-5. Febr. 1952 unter Leitung von Werner Rietz. Die "Stätte der Begegnung" ist nicht örtlich zu verstehen. Es handelt sich vielmehr um einen "kleinen Zirkel, der seit Jahren versucht, verschiedene Auffassungen sachlich einander gegenüberzustellen, um damit politische Fragen klären zu helfen" ([Eig. Bericht], "Bewegte Auseinandersetzung in Boll", NWZ, 4.2.1952) – Der Zusammenhang zur Akademie ist nicht mehr rekonstruierbar. Im Akademie-Archiv findet sich lediglich der zit. NWZ-Artikel sowie ein Protokoll (ohne Verf.), auf dessen Deckblatt verzeichnet ist: "Veröffentlichungen von der Akademie unerwünscht".



lem einer Wiedervereinigung niemals wirklich ernstgenommen"<sup>38</sup>, kam es zum Tumult. In diesem Falle war die Zurückweisung durch die Akademie deutlich vernehmbar. Die FAZ berichtete: "Die Leitung der Akademie (protestierte) scharf gegen die Verleumdung des Bundeskanzlers und wies darauf hin, daß solche Anschuldigungen auf diesem Boden keinen Platz hätten."<sup>39</sup>

Tatsächlich hat Adenauer nur wenige Tage später – am 10. März 1952 – ein Angebot der Sowjetunion, über gesamtdeutsche Wahlen und Wiedervereinigung auf der Grundlage einer Neutralisierung zu verhandeln<sup>40</sup>, pauschal ausgeschlagen. Heinemann hat dies wiederholt als "verpasste gute Stunde" bezeichnet. Doch unbeeinflussbar und bestätigt durch den Erfolg bei den Bundestagswahlen im September 1953 blieb Adenauer auf seinem Kurs. Im Oktober 1954 wird die Bundesrepublik durch Abschluß der Pariser Verträge in die WEU und in die NATO aufgenommen. Noch vor Ratifizierung des Vertragswerkes versammelt sich die Wiederbewaffnungsopposition Ende Januar 1955 noch einmal zu einer Großkundgebung in der Frankfurter Paulskirche, um gegen die "endgültige Zerreißung unseres Volkes" zu protestieren. Die Auseinandersetzung um einen deutschen Wehrbeitrag erreicht ihren historischen Höhepunkt.

Genau in dieser Zeit stellt auch die Bad Boller Akademie das Thema "Kirche und Wiederbewaffnung"<sup>41</sup> noch einmal zur Diskussion. Peinlich bemüht waren die Tagungsmacher daher, die Rahmenbedingungen ausgewogen zu gestalten: Mit persönlichen Einladungen und in paritätischem Verhältnis wandte man sich an Gegener und Befürworter der Wiederbewaffnung unter den württembergischen Pfarrern; den Referenten Heinemann und Gollwitzer wurden der Adenauer-Intimus und Industrielle Walter Bauer sowie Graf Baudissin gegenübergestellt.

Doch auch in den viertägigen hitzigen Debatten war der theologische Dissens nicht zu überbrücken. Was Oberkirchenrat Manfred Müller in einem Schlußkommuniqué erklärte<sup>42</sup>, unterschied sich kaum von den Einführungsworten des württembergischen Landesbischofs Martin Haug, daß die Kirche namentlich in der Wiederbewaffnungsfrage "verschiedene Antworten als christlich legitim gelten lassen"<sup>43</sup> müsse.

Umso hellhöriger reagierte die Presse, als Bischof Haug selbst Stellung nahm. Fast in jedem der zahlreichen Tagungsberichte wird er mit dem Statement zitiert<sup>44</sup>: "Auch ich bin der Meinung, daß die Wiederbewaffnung nur angesichts eines außerordentlichen politischen Notstandes berechtigt ist. Ich frage aber, ob dieser außerordentliche Notstand nicht tatsächlich gegeben ist: Der Kommunismus ist ein totalitäres System, das seine Heilslehre über die ganze Welt ausbreiten will. Sein militärischer Vormarsch ist weltpolitische Tatsache, sein propagandistischer ist Programm. Kam sein Vordringen nicht nur durch die Wiederaufrüstung von England und USA zum Stehen? Allein durch das Dasein dieser ungeheuren östlichen Militärmacht ist jedes andere Staatswesen an seinen Grenzen bedroht.

---

<sup>38</sup> Exzerpt aus dem Vortrag von Prof. Dr. Ulrich Noack, Was kann die Bundesregierung und was kann der einzelne für den Frieden tun?", 22.2.1952, Archiv der Evangelischen Akademie Bad Boll

<sup>39</sup> (epd/CND), "Heftiger Streit mit Noack", FAZ, 26.2.1952

<sup>40</sup> es handelte sich um die sog. "Stalin-Note".

<sup>41</sup> vom 9. bis 13. Jan. 1955

<sup>42</sup> "Keiner von uns hat für seine Meinung den Felsengrund des Wortes Gottes", Kommuniqué "Wahrheitsliebe, Fanatismus und Brüderlichkeit", Ev. Akademie Bad Boll, 13.1.1955

<sup>43</sup> (ohne Verf.), "Für und gegen die Wiederbewaffnung", epd/ZA, 13.1.1955

<sup>44</sup> der epd/ZA vom 13.1.1955 titelte sogar: "Landesbischof D. haug bejaht die Wiederbewaffnung"

Man mag es tief bedauern, daß uns keine Zeit bleibt zur Aufarbeitung unserer Vergangenheit, aber wir müssen uns beteiligen an der Aufrichtung eines Dammes gegen die Flut aus dem Osten."<sup>45</sup>

Zumindest in ihrer Außenwirkung bekam die Tagung damit deutlich Schlagseite. Die "Welt am Sonntag" resümierte: "Die einen Wehrbeitrag absolut verneinenden evangelischen Pfarrer sind in der Bundesrepublik weitaus in der Minderzahl. Die Majorität wiederum teilt sich in Befürworter und Unentschlossene. Bloß haben diese bislang, im Gegensatz zu den überaus aktiven Neinsagern, geschwiegen. Der Aktivität der Neinsager einen wirksamen Dämpfer aufzusetzen, war das praktische Anliegen der Tagung."<sup>46</sup>

## Ein beinahe kirchenspaltender Krach

Unmittelbar während der Beratungen des Bundestags über eine allgemeine Wehrpflicht im Juli 1956 nahm Eberhard Müller in spektakulärer Weise noch einmal Stellung für die Politik Adenauers. Vorausgegangen war eine Sitzung der EKD-Synode in Berlin. Die Synodalen waren heillos zerstritten über die Wehrpflichtfrage; und um diese Zerissenheit nicht auch noch in die Öffentlichkeit zu tragen, verzichteten sie darauf, über eine Stellungnahme zu diesem Punkt abzustimmen. Allerdings faßten sie den Entschluß, eine Delegation nach Bonn zu entsenden mit dem Auftrag, "Bundesregierung und Bundestag der Bundesrepublik Deutschland von den Gesichtspunkten und Besorgnissen in Kenntnis zu setzen, die von Synodalen über die Auswirkungen einer Wehrpflicht geäußert worden sind."<sup>47</sup>

Um dem Votum der nach Bonn entsandten Delegation Nachdruck zu verleihen, setzten am selben Verhandlungstag die Synodalen Heinemann und Gollwitzer auf eigene Initiative eine Unterschriftensammlung in Gang. Folgender Text stand über den Listen: "Die Unterzeichneten schließen sich den Bedenken gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bzw. gegen Zwangsmethoden bei der Werbung für den Wehrdienst an, die durch die von der Synode beauftragte Delegation in Bonn und Ostberlin vorgetragen werden."<sup>48</sup> Zu ihrer eigenen Überraschung unterzeichneten 62 Synodale den Text. Damit stand fest, daß eine knappe Mehrheit der Synode – wenn auch aus höchst unterschiedlichen Gründen und ohne formalen Beschluß – Bedenken gegen die Wehrpflicht hatte.

Kaum eine Woche später stand im Bundestag die zweite Lesung des Wehrpflichtgesetzes auf der Tagesordnung. Natürlich ließ es sich die Opposition nicht nehmen, mit dieser sensationellen Nachricht zu argumentieren.<sup>49</sup> Der SPD-Abgeordnete Metzger stellte fest: "Es haben, obwohl längst nicht alle Synodalen gefragt werden konnten, 62 Synodale – das heißt über die Hälfte der Synodalen – erklärt, sie nähmen diese Bedenken nicht nur so ernst, daß sie nach ihrer Auffassung dem Bundestag und der Bundesregierung vorgetragen werden müßten, sondern sie machten diese Bedenken auch zu ihren eigenen." Überdies resümierte Heinemann in einem Artikel: "Für den, der die verschiedenen Synoden seit 1949 mitgemacht hatte, war es auffällig, in welchem starkem Maße sich die Überzeugung von der Adenauerschen Rüstungspolitik gelokert, ja geradezu ins Gegenteil verkehrt hat."

---

<sup>45</sup> Protokoll der Tagung, Kirche und Wiederbewaffnung", 9.-13. Jan. 1955, Prot. Nr. 3/55, Teil 3, S. 1, Archiv der Evangelischen Akademie Bad Boll

<sup>46</sup> Hans-Ulrich Kempfski, "Wehrdebatte der 130 Pastoren", in: Welt am Sonntag, 16. Jan. 1955

<sup>47</sup> zit. nach Johanna Vogel, a.a.O., S. 216

<sup>48</sup> ebd., S. 217

<sup>49</sup> Der Pressedienst der Sozialdemokratischen Partei vom 2. Juli 1956 verbreitete die Nachricht, "daß eine klare Mehrheit dieses höchsten evangelischen Kirchenparlaments sich denn auch gegen die Wehrpflicht ausgesprochen habe".

Für Eberhard Müllers war die Darstellung Heinemanns "eine glatte Lüge."<sup>50</sup> Müllers Auffassung nach ging es auf der Synodalsitzung lediglich darum, "daß die Gesichtspunkte der Brüder im Osten auch den Bundestagsabgeordneten zur Kenntnis gebracht werden."<sup>51</sup> Tatsächlich war es jedoch Gegenstand und Beschluß einer Plenarsitzung der Synode, das Mandat der EKD-Delegation genau nicht darauf zu beschränken, Besorgnisse über die Einführung der Wehrpflicht lediglich in ihrer Rückwirkung auf die DDR zum Ausdruck zu bringen;<sup>52</sup> und ebenso unbestreitbar hatte sich eine Mehrheit der Synodalen Bedenken hinsichtlich einer Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zueigen gemacht – wenn auch außerhalb der Geschäftsordnung.

Dennoch: Am 23. Juli 1956 verliest Müller in Bonn ein Dokument mit der Überschrift, "Die Verfälschung der Synode"<sup>53</sup> – auf einer Veranstaltung, zu der die Geschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU die Einladungen verschickt hatte.<sup>54</sup> Helmut Gollwitzer hatte sich unter die Teilnehmer gemischt. Er empfand Müllers Auftritt als "infamen Bruch"<sup>55</sup> einer bislang unausgesprochenen noch gültigen Bruderschaft: "Was wir vermeiden wollten, daß darüber sozusagen ein kirchenspalterender Krach entsteht, das ist nun prompt eingetreten."<sup>56</sup>

Tatsächlich führte diese Auseinandersetzung zu einer massiven Belastung für die Einheit der EKD. Noch über Jahre hinweg schwelte der peinliche Streit über die Interpretation der Vorgänge auf der Berliner Synode. Und Eberhard Müller blieb unversöhnlich. Zwar formulierte er in seinen 1987 erschienenen Erinnerungen: "Ich bedauere heute, daß ich zu diesen Mißverständnissen und Fehldeutungen nicht geschwiegen habe."<sup>57</sup> Doch noch zwei Monate vor seinem Tod nahm er in einem Interview davon wieder Abstand: "Ich habe hinterher bedauert, daß ich das geschrieben habe. Und zwar einfach deswegen, weil ich dadurch offenbar etwas verunklart habe. [...] Ich glaube sogar, daß es von entscheidender Bedeutung war, daß damals nicht der Anschein entstand, als ob eine Mehrheit der Evangelischen Synode gegen die Politik Adenauers war. Diese Behauptung stimmte einfach nicht. Und es gab da einfach Bundestagsabgeordnete, die auf ihre Kirche hören wollten und für die das bei ihrer Entscheidung von Bedeutung war, ob die Wehrpflicht eingeführt wird oder nicht."<sup>58</sup>

## "Tiefe Wunden um des Friedens willen"

Wie ein roter Faden zieht sich ein engagierter Antipazifismus durch die Biographie Eberhard Müllers. Noch Ende der 50er Jahre macht er erneut – bis hinein in den Bundestag – von sich reden. In einer Plenardebatte zitiert ihn Eugen Gerstenmaier als "Direktor der Evangelischen Akademie Bad Boll"<sup>59</sup> und Autor einer "scharfsinnigen Untersuchung"<sup>60</sup>, in der die atomare Abschreckungspolitik der Westmächte gerechtfertigt wird. Während viele Christen sich in dieser Zeit dafür einsetzten, das Kal-

<sup>50</sup> Interv. d. Verf. mit Eberhard Müller, 1.12.1988, veröff. in "aktuelle Gespräche", 3/89 (37. Jg.), S. 9

<sup>51</sup> ebd.

<sup>52</sup> siehe die detaillierte Rekonstruktion des Vorgangs bei Johanna Vogel, a.a.O., S. 216. Ganz klar stellt sie fest, daß "nicht einmal Eberhard Müller" (ebd.) in dieser Frage widersprach.

<sup>53</sup> das inhaltlich schon vor der Versammlung der Presse übergeben worden war. Siehe Johanna Vogel, a.a.O., S. 218

<sup>54</sup> siehe Johanna Vogel, a.a.O., S.218, Anm. 30

<sup>55</sup> Interv. d. Verf. mit Helmut Gollwitzer, 20.11.1988, veröff. in "aktuelle Gespräche", 3/89 (37. Jg.), S. 15

<sup>56</sup> ebd.

<sup>57</sup> Eberhard Müller, Widerstand, a.a.O., S.134

<sup>58</sup> Interv. d. Verf. mit Eberhard Müller, 1.12.1988

<sup>59</sup> Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode, 21. Sitzung. 25.3.1958, S. 1080 f.

<sup>60</sup> ebd.

kül mit der Atombombe als Sünde zu ächten, wertete Müller die grundständige Sündhaftigkeit der Welt als Argument für die Notwendigkeit auch nuklearer Waffen. "Daß es in dieser Welt der Sünde keinen Frieden gibt, ohne daß dieser Friede mit Macht gesichert wird",<sup>61</sup> bleibt zeitlebens seine unumstößliche Überzeugung.

Mit der Absicht, dem wachsenden Einfluß der Friedensbewegung in der Kirche entgegenzutreten, gründet er noch 1979 die Aktion "Sicherung des Friedens". Dieser Arbeitskreis ist schließlich auch Mitinitiator der Tagung "Bändigung der Macht" im März 1985, bei der die Akademie noch einmal höchste militärpolitische Prominenz zur Diskussion mit ihren Kritikern versammelte. Für Eberhard Müller war es die letzte Tagung, an der er aktiv mitwirkte. Noch einmal warnte er, "daß es eine fromme Entschiedenheit gibt, die diesen Namen nicht verdient, sondern einem Wunschdenken entspringt."<sup>62</sup> Denn Wunschdenken sei es zu glauben, "Freiheit und politische Mitverantwortung lasse sich in einer Welt persönlicher und staatlicher Selbstsucht und ideologisch bestimmter Gewalten ohne Bereithaltung von Gegenmitteln aufrecht erhalten." Der Dissens in Sachen "Friedensethik" war auch bei dieser Tagung kaum zu schmälern, und hatte doch schon eine lange Geschichte. "Die evangelischen Christen", beginnt der Bericht über die Tagung in der "Frankfurter Rundschau", "haben sich im Verlauf der Auseinandersetzung um die Friedenspolitik tiefe Wunden geschlagen, wobei sogar umstritten ist, ob die Kirchengemeinschaft dereinst die Narben mit Stolz wird vorweisen können."<sup>63</sup>

Uwe Walter

zuerst veröffentlicht in:

Manfred Fischer (Hrsg.): Aufbruch zum Dialog – Fünfzig Jahre Evangelische Akademie Bad Boll. Auf dem Weg zu einer Kultur des Gesprächs. Stuttgart: Quell-Verlag 1995.

---

<sup>61</sup> Interv. d. Verf. mit Eberhard Müller, 1.12.1988

<sup>62</sup> Eberhard Müller, "Prioritäten: Waffen oder Brot", in: Protokolldienst der Ev. Akademie Bad Boll, Ne. 35/1985, S.57

<sup>63</sup> Anton-Andreas Guha, "Tiefe Wunden um des Friedens willen", Frankfurter Rundschau, 7.3.1985